

PRESSEMITTEILUNG

Kommunale Finanzen – Rekorddefizit in Brandenburg

Die Kommunen Brandenburgs haben 2024 mit 355 Millionen Euro das größte Defizit ihrer Geschichte verbucht. Die Ursachen dieses Trendwechsels liegen in der hohen Inflation, der schwachen Konjunktur und steigenden Sozialausgaben. Auch der Ausblick ist negativ. Vor diesem Hintergrund zeigt die Bertelsmann Stiftung Möglichkeiten zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage auf.

Gütersloh, 30. Juli 2025. Die Finanzlage der brandenburgischen Städte, Kreise, Gemeinden und Ämter ist im vergangenen Jahr flächendeckend eingebrochen. Die Steuereinnahmen wachsen langsamer infolge schwacher Konjunktur. Die wichtigsten Ausgabearten wie Personal, Sachaufwand oder Soziales steigen ungebremst. Das sind einige zentrale Ergebnisse des neuen „Kommunalen Finanzreports 2025“ der Bertelsmann Stiftung.

Auch der Ausblick für die kommenden Jahre ist pessimistisch. Spielräume für die Transformation der Infrastruktur sind kaum vorhanden. Brigitte Mohn, Vorständin der Bertelsmann Stiftung, sagt: „Das Defizit des Jahres 2024 markiert eine Zeitenwende, welche die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen nachhaltig infrage stellt. Kommunen schultern über 50 Prozent der öffentlichen Investitionen und sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen eine Staatsreform, weil die Kommunen diese wichtigen Aufgaben sonst nicht mehr wahrnehmen können. Auch Bund und Länder müssen sich für eine dauerhafte Verbesserung der kommunalen Situation engagieren. Die Aufgaben für die Kommunen sind aufgrund der bundesgesetzlichen Regelungen zu aufwändig. Es braucht die eindeutige Finanzierungsverantwortung beim Bund.“

Trendwechsel der Haushaltslagen in Brandenburg

Die brandenburgischen Kommunen insgesamt erzielten in den Jahren 2012 bis 2023 fast durchgängig Überschüsse. Doch bereits ab 2020 basierten diese auf Sondereffekten wie Hilfsprogrammen von Bund und Land. Im Jahr 2024 stand erstmals nach 13 Jahren wieder ein massives Minus in den Kassenbüchern. „Praktisch alle Kreise und kreisfreien Städte planen auch das aktuelle Jahr mit einem Minus und suchen Einsparpotenziale“, sagt René Geißler, Mitautor der Studie und Professor für öffentliche Verwaltung der Technischen Hochschule Wildau.

Ausgaben laufen davon

Anders als in früheren Jahren liegt die Ursache für die schlechte Kassenlage in erster Linie in der Entwicklung der Ausgaben, die allein 2024 im Vergleich zum Vorjahr um neun Prozent zulegten. Die Personalausgaben sind binnen zehn Jahren um mehr als 70 Prozent gestiegen, was eine Folge des Stellenwachstums und hoher Tarifabschlüsse ist. Der laufende Sachaufwand erhöht sich auch durch die Inflation um fast ein Fünftel in zwei Jahren. Davon betroffen sind zum Beispiel die Ausgaben für Dienstleistende, Büroausstattung oder die Bewirtschaftung der Gebäude. Auch die Sozialausgaben in Brandenburg verzeichneten binnen zwei Jahren einen Sprung um ein Viertel auf nunmehr 2,7 Milliarden Euro. Die Kommunen tragen ein großes Spektrum sozialer Aufgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt, aber oft nicht ausreichend vom Bund gegenfinanziert sind. „Deswegen brauchen die Kommunen eine höhere

Kostenbeteiligung von Bund und Land“, sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung.

Brandenburgs Investitionen sind nach wie vor zu gering

Die Städte, Kreise, Ämter und Gemeinden sind verantwortlich für wichtige Infrastrukturen, die sowohl die Lebensqualität für Bürger:innen als auch die Standortqualität für Unternehmen definieren. Der Aus- und Umbau kommunaler Infrastrukturen ist auch für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels essenziell. Zwar verzeichneten die kommunalen Investitionen 2024 in Brandenburg einen Rekord von 1,5 Milliarden Euro, allerdings wächst der Investitionsrückstand weiter und die Ausgaben werden durch hohe Inflationsraten der Baubranche überlagert. Im bundesweiten Vergleich tritt die seit Langem bekannte Verteilung auf: Die höchsten Investitionen tätigen mit Abstand die Kommunen in Bayern, je Einwohner:in 70 Prozent mehr als in Brandenburg.

Beachtliches Wirtschaftswachstum, aber weiterhin steuerschwach

Die brandenburgischen Kommunen konnten in den vergangenen zehn Jahren einen bemerkenswerten Zuwachs an Steuereinnahmen verzeichnen (plus 70 Prozent). Diese Wachstumsdynamik hielt im Gegensatz zum Bundestrend auch 2024 noch an. „Die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen Brandenburgs war in den vergangenen Jahren bemerkenswert gut“, sagt René Geißler. Gleichwohl verdüstert sich angesichts der Konjunktur der Ausblick. In der Stadt Brandenburg/Havel brach zum Beispiel die Gewerbesteuer um die Hälfte ein. Im regionalen Vergleich der Steuereinnahmen liegt Brandenburg in Ostdeutschland zwar vorn, aber lediglich Potsdam und der Kreis Dahme-Spreewald erreichen das Bundesniveau. Die Kreise Elbe-Elster oder Oberspreewald-Lausitz gehören hingegen zu den schwächsten Kommunen bundesweit.

Kassenkredite sind abgebaut

Die Kassenkredite, der „kommunale Dispo-Kredit“, sind primär die Folge von Haushaltsdefiziten und gelten seit jeher als zentraler Krisenindikator. In Brandenburg konzentrierten sich die Probleme viele Jahre auf die kreisfreien Städte Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Cottbus. Dank harter Konsolidierung und umfangreicher Landeshilfen sind diese Schulden vollständig abgebaut. Die brandenburgischen Kommunen tragen im bundesweiten Vergleich heute die niedrigsten Schulden überhaupt. „Die Stabilisierung der Kommunen ist gelungen. Angesichts der absehbaren Defizite drohen diese Erfolge aber wieder verloren zu gehen“, prognostiziert Geißler.

Handlungsansätze zur Finanzierung der Transformation erforderlich

„Nicht nur hohe Defizite und ein bundesweiter Investitionsstau von 215 Milliarden Euro belasten die kommunalen Haushalte. Zusätzlich sind umfangreiche Investitionen in die Klimaanpassung der kommunalen Infrastruktur notwendig, um einen substanzialen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase zu leisten“, betont Kirsten Witte. „Angesichts der aktuellen Finanzlage werden die Kommunen die dafür notwendigen Mittel nicht allein aufbringen können. Auch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität wird diese Bedarfe nur teilweise decken. Deswegen sind weitere langfristige Ansätze zur Finanzierung notwendig“, fordert Witte. Der neue Kommunale Finanzreport zeigt dazu die Vor- und Nachteile verschiedener Ansätze auf, wie beispielsweise ein gemeinsames Bund-Länder-Sondervermögen oder ein privat-öffentlicher Zukunfts- und Transformationsfonds.

Zusatzinformationen:

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint seit 2008 alle zwei Jahre. Er untersucht die Kommunen der Flächenländer und basiert auf den jeweils aktuellen amtlichen Finanzstatistiken. Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die Finanzlage im regionalen Vergleich anhand wichtiger Indikatoren darzustellen und Lösungsoptionen aufzuzeigen. Der Kommunale Finanzreport 2025 wurde in Kooperation mit der Technischen Hochschule Wildau und dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) erarbeitet.

Ansprechpartner:innen: **Dr. Kirsten Witte, Telefon: 0173-5239924**
E-Mail: kirsten.witte@bertelsmann-stiftung.de

Prof. Dr. René Geißler, Telefon: 0152 3893 7142
E-Mail: rene.geissler@th-wildau.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Programme: Bildung und Next Generation, Demokratie und Zusammenhalt, Digitalisierung und Gemeinwohl, Europas Zukunft, Gesundheit, Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de

